

SOZIALSTAAT SCHLIESST OFFENE GRENZEN AUS

Immer noch werden Asylbewerber mit großzügigen Leistungen förmlich nach Deutschland und Baden-Württemberg gelockt. Die AfD will diese **Fehlanreize abbauen** und fordert, im Sinne der Bewahrung des Sozialstaates alle **Geldleistungen in Sachleistungen** umzuwandeln. Die Aufstokung der Asylbewerberleistungen auf die Sätze der Sozialhilfe ist abzuschaffen. Schließlich darf es **keine Besserstellung von Asylbewerbern bei der Gesundheitsversorgung** gegenüber einheimischen Kassenpatienten geben.

ANKERZENTREN FÜR EIN SCHNELLERES UND EFFEKTIVERES ASYLVERFAHREN

Wir fordern die **Einführung von Ankerzentren in Baden-Württemberg** nach bayerischem Vorbild. Damit kann eine Zuweisung der Asylbewerber auf **wenige Standorte** erfolgen, eine Verteilung abgelehnter Asylbewerber in die Fläche unterbleibt. Die Verfahren sind zügig durchzuführen.

RÜCKFÜHRUNGSPROGRAMM DER AFD „FIT4RETURN“ UMSETZEN

Asyl ist ein **Aufenthaltsrecht auf Zeit**. Wenn keine konkrete Gefahr für Leib und Leben im Heimatland mehr gegeben ist, **entfällt der Asylgrund**. Tatsächlich bleiben diese Personen aber zumeist dauerhaft in unserem Land und machen sogar oft „Urlaub“ im Heimatland. Mit dem von der AfD entwickelten Programm „**Fit4Return**“ soll ein umfangreiches **Qualifizierungsprogramm für Asylbewerber** in Baden-Württemberg eingerichtet werden, das ihnen eine Arbeitsplatzperspektive in ihrem Heimatland verschafft.

HELFE SIE UNS, BADEN-WÜRTTEMBERG ZU HELFEN!

Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild. Durch die zahlreichen Fehlentscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung befindet sich unser Land in einer schweren Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen werden nachfolgende Generationen noch lange belasten.

Wenn auch Sie der Meinung sind, dass sich deshalb in unserem Land dringend etwas ändern muss, dann unterstützen Sie uns durch Ihre Stimme, Ihre Spende oder Ihre Mithilfe bei den Aufgaben, die vor uns liegen.

Alternative für Deutschland – Baden-Württemberg

Volksbank Stuttgart

IBAN: DE70 6009 0100 0241 0220 02

BIC: VOBADDE33XXX

Verwendungszweck :

Spende + ggf. Mitgliedsnummer oder vollständige Adresse (wenn Sie eine Zuwendungsbescheinigung wünschen)

Wir bedanken uns bereits jetzt für Ihr Vertrauen und versprechen Ihnen alles dafür zu tun, damit unser Land wieder sicher, frei und zukunftsfähig wird!



Unser komplettes Wahlprogramm können Sie auch über diesen QR-Code mit einem Smartphone abrufen.

V.i.S.d.P.: Markus Frohnmaier
AfD-Landesverband Baden-Württemberg
Zettachring 6
70567 Stuttgart

afd-bw.de



FÜR RECHT
UND FREIHEIT

Sicherheit gewährleisten,
Zuwanderung begrenzen!
Innen- und migrationspolitische
Grundsatzpositionen der
AfD Baden-Württemberg



DIE „STUTTGARTER GEWALTNACHT“ MUSS KONSEQUENZEN HABEN

Die **Innere Sicherheit** ist ein **Grundrecht der Bürger**, dem wieder Geltung verschafft werden muss. Die AfD steht für eine **sicherheitspolitische Wende**, die sich an den Herausforderungen unserer Zeit orientiert.

Was die Stunde geschlagen hat, zeigt die „**Stuttgarter Gewaltnacht**“ im Juni 2020. Sie hat eindrucksvoll bewiesen, welche Folgen Regierungen unter grüner Dominanz nach sich ziehen: überwiegend migrantische Jugendliche zerstören und plündern im Verein mit Linksextremisten großflächig in der Innenstadt, die Polizei wird angegriffen und kann die Bürger nicht mehr schützen. Solche Zustände müssen ein Ende haben.

Seit dem Jahr 2015 hat die **Massenzuwanderung nach Deutschland** ein bis dahin unvorstellbares Ausmaß erreicht. **Über eine Million Asylbewerber**, von denen nur ein geringer Teil einen tatsächlichen Asylgrund vorweisen konnte, drängten nach Deutschland, rund **zweihunderttausend nach Baden-Württemberg**. Ein großzügiger Familiennachzug sorgt für weitere Zuwanderung. Die AfD will die **Zuwanderung stark begrenzen** und nach unseren Bedürfnissen ausrichten.



NULL-TOLERANZ-STRATEGIE DURCHSETZEN

Wir fordern eine **grundsätzliche Wende** im Bereich Sicherheit und Ordnung. Die AfD steht für eine konsequente **Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalttäter und Extremisten aller Art**.

JEDER FORM VON EXTREMISMUS ENTSCLOSSEN ENTGEGENTRETEN

Bei der Bekämpfung des Extremismus darf es **keine ideologisch bedingten Schwerpunkte** geben. Staatliche Präventionsprogramme sind daher auf **alle Spielarten des Extremismus** auszuweiten. **Linksextremismus und Islamismus** dürfen nicht länger verharmlost werden.

GRENZÜBERSCHREITENDE KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN – AUSLÄNDISCHE STRAFTÄTER KONSEQUENT ABSCHIEBEN

Wir fordern die **Aufstellung einer spezialisierten Polizeieinheit** analog der bayrischen Grenzpolizei zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Ausländische **Straftäter und Gefährder** sind **konsequent abzuschieben**.

DER POLITISCHE ISLAM BEDROHT DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

Wir schätzen alle friedlichen Muslime, aber den **Herrschaftsanspruch des politischen Islam** und die Scharia **lehnen wir als grundgesetzwidrig ab**. Ihnen ist mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegenzuwirken. **Kein Muezzinruf, keine Vollverschleierung und kein doktrinärer Islamunterricht**.

UNSERE POLIZEI WERTSCHÄTZEN

Die **Polizei** in Baden-Württemberg leistet **vorbildliche Arbeit**. Unterstellungen, sie hätte ein internes Problem mit Rechtsextremismus oder Rassismus treten wir entschieden entgegen. Wir fordern eine **Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes** durch eine heimatnahe Ausbildung und bessere Besoldung. Damit werden **Bewerber in angemessener Zahl** angesprochen und die Zahl der Einstellungen erhöht.

BEHÖRDLICHE GÄNGELUNG VON JÄGERN UND SPORTSCHÜTZEN BEENDEN

Die AfD spricht sich grundsätzlich gegen weitere waffenrechtliche Einschränkungen und für Lockerungen aus. **Besitzer legaler Waffen** sind die **rechtstreueste Bevölkerungsgruppe** überhaupt. Sie dürfen nicht kriminalisiert und unter Generalverdacht gestellt werden. **Illegaler Waffenbesitz** muss konsequent verfolgt und geahndet werden.

ARBEITSFÄHIGKEIT DER JUSTIZ SICHERN

Die AfD fordert, dass die **Arbeitsfähigkeit der Justiz** durch angemessene personelle und materielle Ausstattung **gesichert wird**. Überlange Strafverfahren mit **zu milden Urteilen** sind die Folge. Dies gefährdet das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Dem ist durch Stärkung der Justiz abzuwehren.

